1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 48 Erscheint 14-tägig 31.1.1983

BRD

Hürriyet vom 28.1.1983

In Berlin verringert sich die Zahl der Flüchtlinge

Bei der Zahl der Ausländer, die in Berlin ihren Asylantrag abgaben, hat es eine große Verringerung gegeben. Man stellte fest, daß im letzten Jahr 3.200 Flüchtlinge ihre Anträge zurückzogen und freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehrten. Es wurde veröffentlicht, daß die Berliner Gerichte über 756 Flüchtlinge einen Ausweisungsbeschluß verfügten. Zur Zeit beträgt die Zahl der Ausländer, die als Flüchtlinge in Berlin sind, 24.000.
Die Verteilung der in Berlin lebenden Ausländer nach Nationen findet in folgenden Zahlen Ausdruck: *119.820 Türken, 31.698 Jugoslawen, 7.527 Polen.*
Nach den statisitschen Ergebnissen leben in Berlin Menschen aus 157 Nationen. Im letzten Jahr wurden 70.000 Ausländer von der Polizei kontrolliert. Gegen 1762 Ausländer wurden Untersuchungen wegen Rauschgiftschmuggel eröffnet.

Hürriyet vom 28.1.1983

8 deutsche Kinder schlugen den 12-jährigen Can krankenhausreif

8 deutsche Kinder schlugen den 12-jährigen Can Acikalin krankenhausreif. Can Acikalin, der in Friedberg zum Augustiner-Gymnasium geht, wurde am letzten Wochenende von den deutschen Kindern, die die gleiche Schule besuchen überfallen. Bei der Untersuchung des türkischen Kindes wurde festgestellt, daß ein Arm und seine Finger gebrochen waren. Außerdem gab es an vielen Stellen seines Körpers Quetschungen.

Hürriyet vom 27.1.1983

In Baden-Württemberg werden die Ausländer in 4 Gruppen eingeteilt werden

Das Landesparlament in Baden-Württemberg hat beschlossen, die Ausländer in 4 Kategorien einzuteilen. Der Fraktionschef der CDU, die im Parlament die Mehrheit stellt, sagte in einer Erklärung zum Thema, daß man die im Lande lebenden Ausländer nicht in einer Kategorie zusammenfassen könne. Erwin Teufel fügte hinzu, daß in Baden-Württemberg eine andere Ausländerpolitik als die der Bundesregierung festgelegt werde. Hierzu habe man innerhalb der Partei eine Kommission geschaffen.

Hürriyet vom 27.1.1983

Türkischer Sträfling im Hungerstreik

Ein 35-jähriger Türke, der Im Gefängnis von Schwalheim in der Nähe von Frankfurt einsitzt, befindet sich seit dem 12. Januar im Hungerstreik. Der inhaftierte Türke kritisiert, daß die Gefängnisleitung die ausländischen Gefangenen gesondert behandele. Trotz der Tatsache, daß die ausländischen Gefangenen sich gut verhalten, werde ihnen kein Wochenendurlaub gegeben. Der Türke ist wegen Rauschgiftschmuggel zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt.
Ein Sprecher des hessischen Justizministeriums sagte dazu, daß man sich sorge, daß die ausländischen Gefangenen von der Polizei verhaftet und ausgewiesen würden bei einem Hafturlaub, da gegen sie ein Ausweisungsbeschluß bestehe.

Hürriyet vom 27.1.1983

Die 13-jährige Hatice warf sich aus dem 8. Stock

In Geislingen beging die 13-jährige Hatice Kaya Selbstmord, indem sie sich vom Balkon der Wohnung ihrer Eltern, die sich im 8. Stock befindet, warf. Sie war erst vor 3 Monaten zu ihren Eltern gekommen. In einem Abschiedsbrief an ihre Eltern schrieb sie, daß sie nicht mehr Leben wolle und genug von der Welt habe.

Hürriyet vom 26.1.1983

Der Richter, der einen Türkenfeind bestrafte, wurde bedroht

Der Vorsitzende Richter des Bielefelder Amtsgerichtes, Helmut Brannahl, wurde bedroht. Er hatte einen deutschen Lastwagenfahrer wegen Beleidigung einer türkischen Frau zu 600 DM Geldstrafe verurteilt.
Richter Brennahl teilte mit, daß nach Veröffentlichung des Urteils Tausende von Briefen voll mit Beleidigungen gekommen seien. Das Verhältnis von Einheimischen und Ausländern sei auf ein gefährliches Niveau gelangt.
In einem der Briefe hatte es geheißen: *"Wenn wir die Türkin in die Hand kriegen, werden wir sie anzünden. Es ist notwendig, daß dieses Schwein in kürzester Zeit nach Anatolien verbannt wird. "* Dieser Breif war unterschrieben mit *" White Power Bewegung - Front zur Rettung der Deutschen, Dorsten "*

Hürriyet vom 26.1.1983

Jungsozialisten fordern Schließung der Türk Föderation

Die Jungsozialisten in der SPD veranstalteten im Zusammenhang mit dem Kampf, der am Sonntag in Frankfurt stattfand, eine Pressekonferenz.
Es wurde behauptet, daß die Türk Föderation unter dem Namen " Kulturnacht " Versammlungen durchführe und politisch tätig sei. Die Schließung der Föderation wurde gefordert.
Auf der Pressekonferenz, an der von der SPD Uta Hochgräber, von den Jungsozialisten Ulrich Geisler und vom Hessischen Ausländerkomitee Detlef Lüderwald teilnah-

men, wurde erklärt, wie das Ereignis vom Sonntag zustande gekommen war. Die Jungsozialisten behaupteten, daß Mitglieder der Türk Föderation, die vor der Stadthalle in Frankfurt Bergen-Enkheim warteten, ca. 80 Leute, die gegen die Versammlung protestieren wollten, mit Stökken und Steinen überfallen hätten.
Auf der Versammlung wurde auch gesagt, daß man sich wegen des Verbots der Türk Föderation noch einmal an die zuständigen Behörden wenden wolle.

Tercüman vom 25.1.1983

Geflohene Kommunisten haben begonnen, deutsche Linke gegen die Türken aufzuwiegeln

Türkische und deutsche extreme Linke wollten eine vom Frankfurter Türkischen Kulturverein in Bergen-Enkheim durchgeführte Feier verhindern.
Die türkischen extremen Linken riefen auf seit Tagen verteilten Flugblättern und mit Piratenversammlungen dazu auf, die Versammlung zu verhindern. Sie wandten sich auch gegen die von der deutschen Regierung beschlossene Hilfe für die Türkei.
Die türkischen extremen Linken, die sich auch deutsche extreme Linke zur Seite holten, besetzten gegen 10.30 Uhr die Eingangstür des Festsalons mit einer Gruppe von 100-150 Leuten. Außerdem pöbelte eine Gruppe, die zur Straßenbahnhaltestelle in der Nähe des Salons ging, diejenigen an, die kamen, um an der Versammlung teilzunehmen.
Die Ereignisse brachen um 12.30 Uhr aus, als 5 Leute vom Türkischen Kulturverein zum Versammlungsort kamen, um den Salon zu übernehmen. Die 5 Mitglieder des Vereins, die den Salon betreten wollten, wurden von extrelen türkischen Linken, die Stöcke und Knüppel in den Händen hatten überfallen und an verschiedenen Stellen verletzt. Die Ereignisse vergrößerten sich, da die übrigen Landsleute, die darauf warteten, den Salon zu betreten, sich einmischten, um den Überfall zu verhindern. Dies dauerte bis zum Eingreifen der Polizei. ...

Hürriyet vom 15.1.1983

Asylanträge von armenischen Flüchtlingen aus der Türkei wurden abgewiesen

" *Flüchtlingen, die besorgt sind, daß sie in ihrem Heimatland verfolgt würden, wo man aber festgestellt hat, daß sie nicht verfolgt werden, erhalten in der Bundesrepublik Deutschland kein Asylrecht.* " Mit diesem Beschluß wies das Oldenburger Verwaltungsgericht die Asylanträge von 9 Armeniern, die aus der Türkei geflüchtet waren und in Deutschland Asylantrag gestellt hatten, zurück.
Weiterhin hieß es in dem Beschluß des Gerichts: " *Die Tatsache, daß es in der Türkei seit dem 12. September 1980 eine Militärregierung gibt, heißt nicht, daß alle Christen verfolgt werden. Die Terroraktionen, die sich in den Jahren 1978-1979 zeigten, gibt es heute nicht mehr.* "

Hürriyet vom 14.1.1983

Dregger: " In Anatolien warten 2 Millionen Menschen auf die Freizügigkeit "

In einem Interview mit der Neuen Rhein-Neuen Ruhr-Zeitung sagte Dregger, daß die Zahl der Ausländer in Deutschland die Integrationskapazität überschritten habe. Er vertrat die Ansicht, daß es sicherlich notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen. Unter Hinweis auf die Abkommen der Türkei mit der EG führte Dregger seine Ansicht aus: " *Wenn sich gemäß der Abkommen im Jahre 1986 die Freizügigkeit der Türken für die EG-Länder verwirklicht, dann erwarten Deutschland Entwicklungen im Ausmaß großen Unglücks. Denn in Anatolien stehen 2 Millionen Menschen bereit, um nach Deutschland zu kommen. Dies können wir niemals verkraften. Wenn sich dies verwirklicht, wird der Sozialstaat zusammenbrechen.* "

Demokratisierung

Demokrat Türkiye vom 13./15.1.1983

Das Volk darf seine eigene Partei nicht gründen

Das neue Parteiengesetz, das in seinen Grundzügen bekannt wurde, scheint den kleineren Parteien keine Existenzberechtigung zu geben, Selbst dann, wenn es zu Beginn zu mehreren Parteigründungen kommen sollte, haben nur 3 Parteien Überlebenschancen: Eine Zentrumspartei und je eine Partei links und rechts vom Zentrum. Es gilt als sicher, daß die Zentrumspartei von Ministerpräsident Ulusu gegründet wird. Die intensiven Reisen im Lande dienen diesem Zweck. Die Zentrumspartei will die gemäßigten Kreise in der AP und CHP für sich gewinnen. Besonders in der CHP ist dieser Versuch auf ein gewisses Echo gestoßen. Außerdem rekrutiert die Zentrumspartei aus der Beratenden Versammlung die ehemaligen Militärs. Auch Regierungsmitglieder wollen in diese Partei eintreten.
Das Hauptziel der Zentrumspartei ist die politische Verankerung der Kader des Regimes vom 12. September, die nach der neuen Verfassung sowieso zum wesentlichen Bestandteil der Legislative und der Exekutive erklärt wurden. In Ankara wird mehrheitlich hinter der vorgehaltenen Hand kommentiert, daß die Zentrumspartei nicht an die Macht kommen,sondern mit der Regierungspartei eine Koalition bilden und so für Gleichgewicht sorgen kann.
Es wird außerdem berichtet, daß Ecevit gegen eine sofortige Parteigründung ist. Das hieße ja, daß man zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur die CHP vom 11. September 1980 beleben könnte und dies nichts bringen würde. Es wird darauf hingewiesen, daß die CHP trotz ihrer sozialdemokratischen Einstellung am 11.September 1980 nicht richtig kämpfen konnte, weil sie keine hinreichende Massenorganisierung besaß. Deshalb dürfe man besonders in den ersten 5 Jahren nicht auf eine Regierungsbildung aus sein und solle sich auf die Massenorganisierung konzentrieren.
Andere Gruppen in der CHP unterhalten ebenfalls rege Kontakte untereinander. Bei ihnen hat man den Eindruck, daß sich die Baykal- und die Topuz-Gruppe auf eine Partei links vom Zentrum und auf die Gründungsmitglieder geeinigt hätten. Auf jeden Fall geht man bei diesen Einigungsversuchen davon aus, daß man ohne Ecevit ein gemeinsames Vorgehen erzielen kann.
Weiterhin wird berichtet, daß Süleyman Demirel der Ansicht ist, daß man gleich nach der Verabschiedung des Parteiengesetzes eine Partei gründen könne. In den letzten Tagen unternehmen die Kandidaten des Zentrums unter der Führung von Bülent Ulusu und Turgut Özal im Namen der zukünftigen rechtszentristischen Partei Annäherungsversuche an Demirel. Die Basis der Zentrums- bzw. Staatspartei und er AP ist fast identisch. Deshalb versuchen die Generäle die Anhänger der MHP in ihre Basis einzugliedern. Auch die AP hat in dieser Beziehung die gleichen Zielvorstellungen.

Was die Linken betrifft, so ist ein Teil von ihnen schokkiert und verharrt in Erwartungshaltung, weil sie beim Referendum mit 40% Nein-Stimmen rechneten, obwohl sie selbst dazu nichts getan hatten. Auf der anderen Seite versuchen einige Personen und Gruppen, die vor dem 12. September keine Bedeutung hatten, eine sozialistische Partei zu gründen. Ein bedeutender Teil der Linken ist auf der Suche nach einer neuen Alternative, von der aber noch nicht klar ist, wie sie aussehen wird.

Cumhuriyet vom 20.01.1983

In 8 Provinzen werden Staatssicherheitsgerichte gebildet

Heute wird der Gesetzesentwurf zur Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten (DGM) in den Kommissionen Verteidigung, Inneres und Äußeres beraten. Die Gesetzesvorlage sieht die Bildung von DGM in den Provinzen Adana, Ankara, Erzincan, Istanbul, Izmir, Kayseri, Konya und Malatya vor. Die DGM werden sich mit Straftaten beschäftigen, die *'gegen die unteilbare Einheit des Staates mit Land und Nation, die freiheitlich-demokratische Ordnung und Eigenschaften und die in der Verfassung beschriebenen Republik begangen werden und direkt die innere und äußere Sicherheit des Staates betreffen.'*

Cumhuriyet vom 21.01.1983

Interview mit Dogramaci

Der Präsident des Hochschulrates, Prof. Ihsan Dogramaci sagte in einem Interview mit unserer Zeitung, daß die Disziplinarmaßnahmen in der Übergangsperiode sinnvoll seien. Bezüglich des Vorwurfes, daß bestimmte Hochschulangehörige aus dem Dienst entlassen wurden, sagte er: *'Es gab keine Entlassungen, einigen Lehrkräften wurden keine Planstellen zugewiesen. Wenn sie einen Platz bekommen hätten, wäre niemand von außen dazugekommen. Für sie brauchen wir junge Kräfte. Daher die Besetzungen.'*

Cumhuriyet vom 24.01.1983

In der Türkei kommt auf 1605 Personen ein Arzt

Nach den Statistiken des Ministeriums für Gesundheit und Soziales kommt auf 1605 Personen in der Türkei ein Arzt. In dem veröffentlichten Überblick heißt es weiter, daß auf einen Facharzt 2581 Personen, auf einen praktizierenden Arzt 4222 Personen entfallen. Insgesamt sind in der Türkei 40,1% der Ärzte frei praktizierende Ärzte.

Tercüman vom 21.01.1983

9 Ministerien werden aufgelöst

Die Staatsorganisation und der Verwaltungsaufbau in der Türkei wird grundsätzlich neu geordnet. Die Zahl der Ministerien soll von 25 auf 16 gesenkt werden. Bei der Auflösung ist u.a. an die Ministerien gedacht worden: Zoll- und Monopolministerium, Ministerium für Dorfangelegenheiten und Genossenschaften, Ministerium für Jugend und Sport, Handelsministerium, Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit. Die derzeit noch 5 Staatsministerien werden auf ein oder zwei Ministerien reduziert.

Tercüman vom 22.01.1983

Ulusu: Bis zu den Wahlen bin ich im Amt

Auf seiner Pressekonferenz führte der Ministerpräsident Bülend Ulusu eine Unterredung mit den Journalisten. Auf die Frage, ob er zur Bildung der Zentrumspartei zurücktreten werde, sagte er, daß er bis zu den Wahlen im Amt bleibe und nur der Staatspräsident Kenan Evren ihn wieder absetzen könne, da dieser ihn ja auch in das Amt berufen habe. Auf die Frage nach den Beziehungen zum Europarat antwortete Ulusu: *'Ich möchte hoffen, daß die vernünftigen Parlamentarier, die die Realitäten sehen und verstehen, die Verabschiedung eines Beschlußes verhindern, der in der Zeit, in der die Aktivitäten zur Bildung eines pluralistischen parlamentarischen demokratischen Systems in der Türkei in ihr letztes Stadium eingetreten sind, die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Rat negativ beeinflußen könnte.'*
Noch einmal auf eine mögliche Kandidatur für eine Zentrumspartei angesprochen, sagte Ulusu, daß die Zeit für eine endgültige Stellungnahme noch zu früh sei und er die Journalisten als Erste über eine solche Entscheidung informieren werde.

Wirtschaft

Rapor vom 13.1.1983

In den letzten 3 Jahren kamen 607 Millionen Dollar Auslandskapital ins Land

In den letzten 3 Jahren gab es für 607 Mio. Dollar Auslandskapital Investitionsgenehmigungen. Dies ist das 2 1/2 fache desjenigen Kapitals, das in den Jahren 1960-1979 in der Türkei investiert wurde. In diesem Zeitraum gab es für 228 Mio. Dollar Auslandskapital Investitionsgenehmigungen.
1982 war die Bundesrepublik an der Spitze der Länder, die in der Türkei Investitionen getätigt haben. 33 Firmen aus diesem Land haben sich Investitionsgenehmigungen in Höhe von 32,91 Mio. Dollar geholt. 14,9 Mio. Dollar, die von bundesrepublikanischen Firmen investiert wurden, waren für Kapitalaufstockung bestimmt. Nur 13,75 Mio. Dollar waren neue Investitionen.

Demokrat Türkiye vom 13./15.1.1983

Freihandelszonen sind für die Industrienationen da

Die Schaffung von Freihandelszonen in der Türkei wurde unmittelbar nach Evrens Reise in den Fernen Osten auf die Tagesordnung gesetzt. Die Freihandelszonen in Südkorea gefielen Evren dermaßen, daß er gleich nach seiner Rückkehr die Beschleunigung der Vorbereitungen befahl. Ministerpräsident Ulusu gab daraufhin die Erklärung ab, daß die Freihandelszonen in Iskenderun, Izmir-Aliaga und Antalya errichtet werden.
Bisher war die Regierung zwei Mal ermächtigt worden, Freihandelszonen zu schaffen. Das erste Mal im Jahre 1927 für Istanbul und das zweite Mal im Jahre 1953 für alle Landesteile. Beide Male kam es aber nicht zur Schaffung von Freihandelszonen.
Südkorea, Thailand und Malaisia sind die wesentlichen unterentwickelten Länder, in denen Freihandelszonen existieren. Allen diesen Ländern ist gemeinsam, daß sie von Unterdrückungs- bzw. Militärregimen beherrscht werden und die Grundfreiheiten nicht existieren.
Die Freihandelszonen kann man dadurch charakterisieren, daß sie wirtschaftliche Autonomie genießen. In diesen Zonen sind für Produktion, Handel und Lagerung alle Arten von Steuern und bürokratischen Beschränkungen aufgehoben. Einlaß finden in diese Zonen nur diejenigen, die einen Sonderpaß besitzen, und Landesgesetze gelten hier

nicht. In diesen Zonen steht alles im Dienste der Produktionssteigerung. Wenn man bedenkt, daß in Singapur aus Gründen der Produktivitäterhaltung Kindergebähren verboten wurde und Kastrationen vorgenommen wurden, so kann man sich vorstellen, was eigentlich in diesen Zonen die Arbeiter erwartet.

Tercüman vom 25.1.1983

Kafaoglu: " Ziel ist die einstellige Inflation "

Anläßlich des 3-jährigen Bestehens der wirtschaftlichen Maßnahmen vom 24. Januar gab der Finanzminister gegenüber der Tercüman folgende Erklärung ab: *" Während der 3-jährigen Anwendung des 24. Januar-Programms hat es beim Beschäftigungsniveau in der Türkei keine Entwicklung gegeben, aber der Export entwickelte sich in hohem Maße. Obwohl es bei der freien Festlegung der Zinssätze einige Störungen gab, wurde die Bewegung weg vom Konsum der Bevölkerung hin zum Sparen angeregt. Während der Durchführung eines solchen Programms, welches in großem Ausmaße die Wirtschaft gesunden läßt, bewegte sich auch die Geschwindigkeit der Erhöhung der Einnahmen. Im Jahre 1982 erreichten die Einnahmen eine Zunahme von 4,3%, nachdem sie in den Jahren 1978 und 1979 im Bereich von Null und im Negativen gelegen hatte. Für 1983 wurde eine Zunahme von 4,8% vorgesehen. Dies sagt aus, daß man die Preiserhöhungen in den Griff bekommt. Wenn wir im Jahre 1983 einen Preisanstieg von 20% verwirklichen könnten, wird es in den kommenden Jahren möglich sein, zu noch niedrigeren Sätzen zu gelangen.Man muß die türkische Wirtschaft zu einer einstelligen Inflationsrate bringen, nur so gibt es einen tatsächlichen Anstieg der Einnahmen; sonst beschäftigen wir uns weiterhin mit inflationistischen Einahmenerhöhungen."*

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 21.01.1983

Die ersten Leopard-Panzer wurden in unsere Armee integriert

In Ankara wurde heute mit einer Feierlichkeit die ersten Leopard-Panzer in Empfang genommen, die im Zusammenhang mit der Sondermilitärhilfe der Bundesrepublik aus dem Jahre 1980 in Höhe von 600 Millionen DM geliefert worden waren. Bei den Feierlichkeiten waren der Kommandant des Heeres, Orgeneral Nurettin Ersin, der Verteidigungsminister Haluk Bayülken, der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Orgeneral Ragip Ulugbay und der deutsche Botschafter in Ankara, Dirk Öncken, anwesend.

Cumhuriyet vom 22.01.1983

Genscher forderte vom französischen Außenminister mehr Verständnis für die Türkei

Während der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Abkommens hat der bundesrepublikanische Außenminister Genscher ein Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen Claude Chaysson geführt. In diesem Gespräch forderte Genscher mehr Verständnis für die Türkei und stellte fest, daß Frankreich insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet eine harte Haltung einnehme.In der kommenden Woche wird Genscher außerdem eine Reihe von Gesprächen bezüglich der Türkei in Brüssel führen. Er führt dort den Vorsitz in der EG und es wird erwartet, daß wirkungsvolle Ergebnisse für die Türkei erzielt werden können.
Allerdings soll die EG auch einige Forderungen an die Türkei haben. Aufgrund der Ende 1982 getroffenen Empfehlung im Europaparlament lassen sich die Punkte folgendermaßen zusammenfassen:
1. Die Entwicklungen vor dem militärischen Eingriff vom 12.09.1980 werden mit Verständnis aufgenommen.
2. Die Türkei macht eine ihrer kritischten Phasen durch und deshalb muß ihr geholfen werden.
3. Allerdings zeigt das Europaparlament an Punkten wie den Menschenrechten, Pressefreiheit und den gewerkschaftlichen Rechten Empfindlichkeit.
4. Es ist sich bewußt, daß in der vergangenen Zeit im Kampf gegen die Inflation Erfolge erzielt wurden und die Sicherheit des Lebens gesichert wurde.
5. Es ist dafür, daß das Diskussionsverbot für alle Politiker und Gewerkschafter aufgehoben wird und die allgemeinen Wahlen in einer offenen Diskussionsatmosphäre abgehalten werden.
6. Es betont, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei und die Prinzipien, die im 4. Finanzprotokoll festgehalten wurden, davon abhängig sind, ob eine vollständige Rückkehr zur Demokratie stattfindet.

Cumhuriyet vom 23.01.1983

Dem IWF haben wir am 29. November eine Absichtserklärung abgegeben

Da die Auszahlung des Kredites innerhalb der 3-jährigen Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfond sich verzögerte, wurde eine Absichtserklärung der Türkei am 29.11.82 übergeben, die vom Finanzminister Adnan Baser Kafaoglu unterschrieben ist. Die Entwicklungen, die zur Verfassung der Absichtserklärung geführt haben, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Delegation des IWF, die sich Anfang November in der Türkei aufhielt, fand die Kredite der Zentralbank für den öffentlichen Sektor zu hoch. Desgleichen stellten sie fest, daß die Geldmenge, die auf den Markt kam, zu hoch war. Daraufhin wurde die Zahlung der für den 30. November vereinbarten 110 Millionen Dollar vertagt.
In der Absichtserklärung wird nun festgestellt:
* Die Türkei wird, wie schon vorher festgelegt, die Geldnachfrage drosseln und den Geldumlauf beschränken.
* Die Zentralbank wird an den öffentlichen Sektor nur noch beschränkte Kredite ausgeben.
Wie es heißt, wurde diese Absichtserklärung durch den Vorstand des IWF angenommen und die 110 Millionen Dollar Darlehen freigegeben. Anders ausgedrückt, wurde der Kredit, der am 30. November hätte freigegeben werden sollen, am 12. Januar 1983, nach eineinhalb Monaten freigegeben. Nach den 3-jährigen Vereinbarungen erwartet die Türkei im Februar eine weitere Zahlung von ca. 110 Millionen und im Juni von nahezu 95 Millionen Dollar durch den IWF.

WDR IV vom 27.01.1983

Meldung aus Straßburg

Liebe Zuhörer, in Straßburg bewegt man sich im Europarat bezüglich einer Entscheidung zur Türkei auf das Ende zu. In der Sitzung wurden zustimmende und ablehnende Meinungen zu dem Entwurf des Berichterstatters Steiner abgegeben. Es gibt zwischen dem, was bis heute und dem, was heute gesagt wurde, keinen großen Unterschied.
Diejenigen, die den Entwurf zwar zu weich finden, aber unterstützen, führten folgende Ansichten ins Feld:
1. Obwohl seit dem 12.09. zweieinhalb Jahre vergangen sind, wird das Kriegsrecht weiterhin hart angewandt.

Als letztes Beispiel dafür die Schließung der Zeitungen 'Cumhuriyet' und 'Milli Gazete'.
2. Obwohl der Terror zu einem großen Teil eingedämmt worden ist, werden immer noch politische Verfahren gegen 'Meinungsvergehen' fortgeführt und neue Verfahren eröffnet.
3. Druck auf die Gewerkschaften, mangelnde Achtung vor den Menschenrechten und den Grundfreiheiten.
4. Die Unangemessenheit der Verfassung mit der Grundlage des Europarates.
Aus diesem Grunde vertreten diese Parlamentarier die Ansicht, daß der Türkei eine Warnung ausgesprochen werden soll.
Die Gegenseite führt dagegen ins Feld, daß die Türkei sich an den Kalender zur Demokratisierung gehalten hat und die Wahlen im Herbst durchgeführt werden, so daß jetzt keine Notwendigkeit einer Auseinandersetzung besteht. Die Verfassung habe zwar Mängel, aber jede Verfassung müsse auf dem konkreten geschichtlichen Hintergrund des jeweiligen Landes interpretiert werden. Verletzungen der Menschenrechte können vorkommen. Eine harte Haltung der Türkei gegenüber könnte aber die Türkei in die Isolation führen und dann würde die eigene Sicherheit gefährdet werden.
Am Ende der Diskussion führte die Rede von dem Sprecher der juristischen Kommission, dem sozialdemokratischen Abgeordneten, Hans Bardens, noch zu einigen interessanten Punkten. Bardens sagte, daß die Situation in der Türkei falsch bewertet werde. Selbst wenn in der Türkei eine Rückkehr zur Demokratie stattfinde, so bedeute das nicht, daß eine Demokratie nach westlichem Vorbild aufgebaut würde. Dafür fehlten die notwendigen Einrichtungen noch. Er beendete seine Worte damit, daß man gerade deswegen der Türkei helfen müsse.

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Hürriyet vom 23.01.1983

Hinrichtung in Konya

Der wegen zweifachen Mordes vom Strafgericht in Isparte zur Todesstrafe verurteilte **Ahmet Mehmet Ulugbay** wurde gestern früh gegen 5 Uhr in der geschlossenen Haftanstalt von Aksehir hingerichtet. Auf dem Weg zum Galgen machte er einen sehr ruhigen Eindruck. Er überreichte den Wärtern eine Liste, auf der die Schulden seiner Bekannten aufgeführt waren. Das Geld, 2.500 Lira, soll seiner Familie übergeben werden.

Cumhuriyet vom 24.01.1983

Aktas wurde in Adana und Bircan in Denizli hingerichtet

Der wegen Mordes in einer bewaffneten Auseinandersetzung am 13. Mai 1981 durch das Militärgericht in Adana zum Tode verurteilte **Ali Aktas** (26) wurde gestern früh gegen 3.30 Uhr im Gefängnis in Adana hingerichtet. Bei der bewaffneten Auseinandersetzung am 9.6.80 war er und der MHP-Gewerkschafter Sulhi Aksoy verletzt worden. Der Letztere verstarb im Krankenhaus.
Der am 13. Mai 1980 wegen Mordes an seiner Mutter und seiner Nichte zum Tode verurteilte **Duran Bircan** wurde gestern früh gegen 1.30 Uhr im Gefängnis von Denizli hingerichtet.

Damit hat sich die Zahl der Hinrichtungen seit dem 12.09.1980 auf 30 erhöht.

b) TODESSTRAFEN

20.01.1983	Seyfettin Top	in Ankara
20.01.1983	Abdullah Adakhan	in Ankara

Die 2 'Idealisten' wurden wegen des Mordes an dem Staatsanwalt von Niksar zum Tode verurteilt.

22.01.1983	Remzi Karakas	in Izmir
22.01.1983	M.Ender Öndes	in Izmir
22.01.1983	Ismet Ali Sen	in Izmir

Die 3 Angehörigen von 'Devrimci Kurtulus' wurden in dem Prozeß der Gruppe Manisa zum Tode verurteilt.

Die Zahl der nach dem 12.09.1980 verhängten Todesstrafen hat sich damit auf 167 erhöht.

Bestätigungen

14.01.1983	Cafer Aksu	RK
19.01.1983	Hüseyin Üye	RK
22.01.1983	Sevkiye Ersen	BV
22.01.1983	Mehmet Kerse	BV
22.01.1983	Abdülaziz Kilic	RK
26.01.1983	Rıdvan Karaköse	BV
26.01.1983	Cavit Karaköse	BV
26.01.1983	Süleyman Karaköse	BV

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

06.01.1983	186 Linke	in D.bakir
15.01.1983	6 Rechte	in Ankara
15.01.1983	1 Linker	in Istanbul
19.01.1983	3 Rechte	in Ankara

Seit dem 12.09.1980 wurden vor den Militärgerichten der Türkei 5.234 Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 17.01.1983

Gegen den Müftü von Sereflikochisar wurde ein Verfahren eröffnet

Der Müftü von Sereflikochisar, **Necati Polat**, ist angeklagt, Propaganda gegen den Laizismus betrieben zu haben und soll dafür eine Strafe zwischen 1 und 8 Jahren Haft erhalten. Ihm wird vorgeworfen, in der Moschee und an anderen Orten gesagt zu haben, daß der Pascha Kenan (Evren) den Fastenmonat nicht einhalte und deswegen keine anerkennenswerte Person sei, weil er durch sein schlechtes Vorbild das Volks von der Religionspflicht abhalte.

Cumhuriyet vom 21.01.1983

Das Verfahren gegen die Friedensvereinigung

In der gestrigen Sitzung des Verfahrens gegen die Friedensvereinigung wurde mit dem Verlesen und Diskutieren der schriftlichen Beweisstücke begonnen. Von den 28 nicht inhaftierten Angeklagten waren 15 erschienen. Als erstes Beweisstück wurde aus der polizeilichen Aussage des im TKP-Verfahren angeklagten **Mehmet Aydan Bulutgil** die Passage bezüglich der Mitglieder der Friedensvereinigung verlesen. Hierin hieß es, daß einige Mitglieder gleichzeitig Mitglieder der TKP seien und daß der Verein eng an die Sowjetunion angelehnt gearbeitet habe.
Der Anwalt **Gülcin Cayligil** meldete sich daraufhin zu Wort und sagte, daß diese Aussage die polizeiliche Aussage sei, die unter Folter aufgenommen wurde, was auch durch Berichte festgehalten worden sei. Der Angeklagte sei als Folge der Folter verkrüppelt und könne nur mit Krücken zu den Verhandlungen erscheinen.

Unter den sodann verlesenen Beweismittel war auch ein Schreiben des Polizeipräsidiums von Ankara, in dem es heißt, daß Ali Taygun, Ataol Behramoglu und Orhan Taylan Mitglieder des Weltfriedenskomitees, der TKP und der Friedensvereinigung sind. Der Angeklagte Ali Erol Taygun meldete sich daraufhin zu Wort und sagte, daß dieses Schreiben aufgrund der Aussage des Mehmet Aydan Bulutgil verfaßt worden sei und er deswegen vor dem Kriegsgericht in Istanbul freigesprochen wurde.

Hürriyet vom 20.01.1983

Im Verfahren von Fatsa reichte der Staatsanwalt Dienstaufsichtsbeschwerde gegen 2 Gouverneure ein

Im Fatsa-THKP/C-Dev-Yol Verfahren wurde nach der Aufnahme der Personalien gestern mit der Verlesung der Anklageschrift begonnen. Der Militärstaatsanwalt **Halit Cengiz** sagte, daß vor der Punktoperation in Fatsa kein Staat existiert habe. Er machte dafür aber nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Staatsvertreter zu der Zeit verantwortlich. Im Einzelnen sagte e: *'Als die Organisierung im Jahre 1976 begann, war* **Sükrü Er** Landrat. Er ist jetzt Gouverneur in Sivas. In den Jahren, in denen der Anarchismus herrschte, war **Ayhan Ergin** Landrat. Er ist immer noch Gouverneur von Artvin.'

Tercüman vom 22.01.1983

Das MSP-Verfahren vor dem Abschluß

Das Verfahren, daß gegen den Präsidenten der verbotenen MSP, Necmettin Erbakan, und 33 Freunde wegen des Versuches, *die Staatsordnung auf religiöse Prinzipien zu stützen und gegen den Laizismus verstoßen zu haben*, eröffnet wurde, wurde zur Urteilsverkündung auf den 24. Februar vertagt.

Cumhuriyet vom 21.01.1983

Das MHP-Bafra Verfahren

Im Verfahren gegen 26 Personen wegen der Vorfälle von Bafra durch die MHP, wurde **Baha Sertkaya** aus der Haft entlassen. Die anderen inhaftierten 13 Personen in dem Verfahren verbleiben in Haft. Für Baha Sertkaya wird die Todesstrafe gefordert.

Cumhuriyet vom 21.01.1983

Das DISK-Verfahren

Die Befragung der 52 Angeklagten, die der am 24.12.81 eröffnete Prozeß gegen DISK (1) umfaßte, wurde beendet. Danach wurde mit der Befragung des durch eine Zusatzanklageschrift in den Prozeß aufgenommenen ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul, Ahmet Isvan, begonnen.

Cumhuriyet vom 22.01.1983

Prozeß gegen 8 Personen wegen Fluchthilfe

Gegen 8 Personen, denen Hilfe bei der Flucht des im Dev-Yol Prozeß von Ankara angeklagten **Turgay Erbay** vorgeworfen wird, wurde ein Prozeß eröffnet, in dem zwischen 8 und 15 Jahren Haft gefordert wird. Es wurde damals erklärt, daß das Haus des Vaters von Turgay Erbay umstellt worden war und dieser dann Selbstmord begangen habe.

Hürriyet vom 22.01.1983

Porträts im Fatsa Dev-Yol Verfahren

Der Bildbericht in der Zeitung Hürriyet stellt Vater und Sohn Tiken und die 60-jährige Angeklagte Neriman Önder vor. Dem 55-jährigen Yusuf Tiken wird vorgeworfen, unter Drohungen Geld für die Organisation gesammelt und geraubt zu haben. Dafür wird gegen ihn die Todesstrafe beantragt, während sein Sohn Ahmet Tiken wegen verschiedener Vergehen ebenfalls zum Tode verurteilt werden soll. Die als 'Mutter Erde' bekannte 60-jährige Neriman Onder ist angeklagt, an allen Versammlungen und Demonstrationen, auch an 'Piraten'-kundgebungen teilgenommen zu haben, die Militanten der Organisation in ihrer Wohnung untergebracht und nach jeder Veranstaltung den revolutionären Schwur geleistet zu haben.

Cumhuriyet vom 23.01.1983

Das TIKP-Verfahren

Im Prozeß gegen 69 Angeklagte der **TIKP** wurde eine Pause eingelegt, damit die Angeklagten sich nach der Erweiterung der Anklage auf die Verteidigung vorbereiten können.

Hürriyet vom 23.01.1983

Ahmet Isvan aus der Haft entlassen

Im gestrigen Verfahren gegen DISK wurde der ehemalige Bürgermeister von Istanbul, Ahmet Isvan und die Gebietsvertreter Saim Akbulut und Hasan Kahraman aus der Haft entlassen. Damit hat sich die Zahl der Haftentlassungen im DISK-Prozeß auf 11 erhöht. Die im Gerichtssaal anwesenden Angehörigen fielen sich daraufhin in die Arme.

WDR IV vom 27.01.1983

Prozeß gegen Bekir Pullu

Der Prozeß gegen den Polizisten bei dem Polizeipräsidium in Ankara, Bekir Pullu, dem Folter an den im Dev-Yol Verfahren angeklagten Nasuh Mitap und Oguzhan Müftüoglu vorgeworfen wird, ging vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara weiter. Aufgrund der Sachverständigengutachten soll die Akte erneut untersucht werden. Dazu wurde der Prozeß vertagt.

WDR IV vom 27.01.1983

Prozeß gegen Halit Celenk

Der wegen Anstiftung zum Aufruhr der Gefangenen im Militärgefängnis Mamak angeklagte Anwalt Halit Celenk mußte sich gestern vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara verantworten. Der Verteidiger von Halit Celenk, Muammer Aksoy, sagte, daß er durch die Anwaltskammer beauftragt worden sei und als Vorsitzender der Anwaltskammer bei einer Einschränkung der Verteidigerrechte sich einmischen werde. Der Angeklagte machte auf das Recht zur Verteidigung aufmerksam. Der Prozeß wurde auf einen anderen Termin vertagt.

Hürriyet vom 27.1.1983

Im Dev-Yol-Verfahren von Fatsa wurden 4 Angeklagte aus der Haft entlassen

Im Dev-Yol-Verfahren des Kreises Fatsa begannen gestern die Verhöre der Angeklagten.
In der Verhandlung wurden 9 Zeugen verhört. Bahri Akyol, Dev-Yol Mitglied und angeklagt wegen 2-fachen Mor-

Fortsetzung S. 8

Neue Züricher Zeitung, 23./24.1.1983:

Richtlinien für die Parteien in der Türkei: *Strenge Kriterien bei der Zulassung*

Ankara, 22. Jan. (afp) Der türkische Verfassungsgerichtshof hat am Freitag einen Gesetzesentwurf über die Zulassung politischer Parteien gebilligt, die strengen Richtlinien unterworfen sind. Wie am Samstag offiziell in Ankara mitgeteilt wurde, müssen sich die zu gründenden Parteien an die «demokratischen Prinzipien» halten, die bei dem Referendum am 7. November vorigen Jahres angenommen wurden. Bestimmte Berufsgruppen sowie Studenten dürfen auch künftig nicht Parteimitglied sein. Politische Tätigkeit ist in der Türkei seit der Machtübernahme durch die Militärs im September 1980 untersagt.

Nach dem am Freitag angenommenen, noch nicht vollständigen Projekt sind künftig auch Parteien untersagt, die unter anderem die Prinzipien der Unteilbarkeit des Landes in Frage stellen, die Existenz der Republik bedrohen oder die Abschaffung der Rechte und fundamentalen Freiheiten zum Ziel haben. Gegründet werden kann eine politische Bewegung von mindestens 15 Personen, wobei die Statuten dem Innenministerium vorgelegt werden müssen. Die letzte Entscheidungsbefugnis über die Zulässigkeit der Parteien liegt beim Generalstaatsanwalt der Republik.

Unter die Berufsgruppen, die auch in Zukunft nicht Parteimitglied sein dürfen, fallen Richter, Staatsanwälte, Hochschullehrer und Beamte sowie Studenten, Offiziere und Soldaten. Politische Tätigkeit ist ausserdem Personen untersagt, die wegen Korruption, Diebstahls oder Spionage verurteilt wurden oder anarchistischen oder terroristischen Aktivitäten nachgingen. Voraussetzung für die Präsenz einer politischen Partei in der Nationalversammlung ist eine Gruppe von mindestens 20 Abgeordneten. Alle Parteispenden sollen einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Der Gesetzesentwurf über die Zulassung der politischen Parteien muss vor seinem Inkrafttreten von der *Nationalversammlung* gebilligt und anschliessend dem von Staatspräsident Evren geleiteten *«Nationalen Sicherheitsrat»* zur Prüfung vorgelegt werden.

Neue Züricher Zeitung, 25.1.1983:

Prioritäten in Ankaras Aussenpolitik: *Eine Pressekonferenz von Ministerpräsident Ülüsü*

C.-I. Ankara, 21. Januar

Der türkische Ministerpräsident Bülent Ülüsü hat sich am Donnerstag an einer Pressekonferenz unzweideutig zur *Nato* als «Abschreckungsmittel» gegen Friedensgefährdung jeglicher Art bekannt. Im Lichte der gegenwärtigen Krisenlage sprach er sich gleichzeitig für eine Fortsetzung des Dialogs zwischen Ost und West aus. Ülüsü würdigte ferner die Wirtschaftshilfe der *Bundesrepublik* an die Türkei im Umfang von 413 Millionen Mark sowie die sich auf 130 Millionen Mark belaufende Rüstungshilfe des gleichen Landes an die Türkei.

Der Regierungschef bezeichnete im übrigen die wirtschaftliche und militärische Konsolidierung der Türkei als eine Grundvoraussetzung für die Festigung der regionalen Stabilität im Gebiet des östlichen Mittelmeers. Dieses strategische Ziel werde indessen dadurch in Frage gestellt, dass wegen «nicht gerechtfertigter politischer Erwägungen» die Hilfe an sein Land auf ein «unzureichendes Niveau» herabgesetzt werde. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, wandte sich Ülüsü damit gegen sich auf *Menschenrechtserwägungen* stützende Vorstösse in Westeuropa und den USA, welche auf eine Unterbindung der Türkeihilfe abzielen.

Im Zusammenhang mit der Intensivierung von diplomatischen Kontakten zu den Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas sprach der türkische Ministerpräsident von «neuen Dimensionen der vielfältigen türkischen Aussenpolitik», mit welchen indessen keine «Alternative» zur *Westorientierung* seines Landes geschaffen werden solle. Ülüsü fügte in diesem Zusammenhang hinzu, dass durch die Besuche des PLO-«Aussenministers» Kaddumi und des ägyptischen Aussenministers *Hassan Ali* in Ankara ein Beitrag zur Herstellung «freundschaftlicher und stabiler Beziehungen» geschaffen worden sei.

Woche im Bundestag (Bonn), 22.12.1982:

36 Deutsche in der Türkei in Haft: *Kein Ausschluß aus dem Europarat – 23 Auslieferungen bewilligt*

Seit September 1980 hat die Regierung 23 Auslieferungen türkischer Staatsangehöriger in die Türkei bewilligt, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion und der Abgeordneten *Helga Schuchardt*, die am 16. Dezember im Bundestag veröffentlicht wurde (9/2303, 9/2135). Betont wird, daß in Fällen, in denen zureichende Anzeichen für eine politische Verfolgung erkennbar sind oder wenn dem Verfolgten die Todesstrafe drohe, die Bundesregierung die Auslieferung nicht bewilligt. Jeder Einzelfall werde genau geprüft.

In vielen Fällen handele es sich bei behaupteten Asylgründen um „reine Schutzbehauptungen", die einer Nachprüfung nicht Stand hielten. Eine Auslieferungsbewilligung komme nur in Frage, wenn das zuständige Oberlandesgericht die rechtliche Zulässigkeit erklärt habe.

In der Türkei befänden sich gegenwärtig 36 deutsche Staatsangehörige in Haft, davon 28 Personen in Untersuchungshaft. Den Inhaftierten würden Rauschgiftdelikte, Schmuggel, Mord, Beleidigung des Türkentums, Diebstahl, Visafälschung, Babyhandel, Ehebruch, Mißbrauch der eigenen Kinder, unerlaubter Waffenbesitz und Scheckbetrug zur Last gelegt. Betont wird, daß die Bundesregierung am Grundsatz der Notwendigkeit einer Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und der uneingeschränkten Geltung der Menschenrechte in der Türkei festhalte. Verwiesen wird hier auf einen Bericht an den Bundestag vom 1. Dezember 1982 (9/2213). Ein Ausschluß der Türkei aus dem Europarat stehe zur Zeit nicht zur Entscheidung an.

Die Bundesregierung habe der türkischen Regierung wiederholt die Probleme dargelegt, die sich aus der großen Anzahl der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Es sei deutlich gemacht worden, daß die Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik Deutschland mit 4,6 Millionen Ausländern, darunter 1,6 Millionen türkischen Staatsangehörigen, erschöpft sei.

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 180 180, 48 Bielefeld 18

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

des, sagte: *" Man kannte mich als Rechten. Wegen des Drucks der kommunistischen Organisationen bin ich aus dem Kreis geflohen. "* Er teilte mit, daß er seine vorher gemachten Aussagen nicht anerkenne.
Die Angeklagten, die danach verhört wurden, erkannten ihre zuerst gemachten Aussagen nicht an und forderten, aus der Haft entlassen zu werden.
Nach den Worten der Angeklagten, daß ihre Aussagen unter Folter, Druck und mit verbundenen Augen aufgenommen wurden, sagte der Militärstaatsanwalt Halit Cengiz: *" Ich habe die Aussagen vieler Leute aufgenommen. Ihnen wurde außer (Sprich mein Bruder) nichts gesagt. Unsere Staatsanwaltschaft hat keinen physischen und psychischen Druck ausgeübt. "*
Folgende Personen wurden aus der Haft entlassen: Muharrem Anlayan, Server Akilli, Fahri Büyüme und Mehmet Topal. Weiteren 5 Anträgen auf Haftentlassung wurde nicht stattgegeben.

Hürriyet vom 28.1.1983

Der Schriftsteller Oktay Akbal wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt

Wegen Verstoßes gegen den Beschluß Nr. 70 des Nationalen Sicherheitsrates und gegen das Kriegsrechtsgesetz Nr. 1402 wurde Oktay Akbal , Redakteur bei der Zeitung Cumhuriyet, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
Die Gefängnisstrafe gegen den Chefredakteur der Zeitung, Okay Gönensin, wurde vom Militärgericht Nr. 1 in Istanbul gemäß des Pressegesetzes in eine Geldstrafe von 9.000 Lira umgewandelt.

Hürriyet vom 27.1.1983

Dev-Sol-Verantwortlicher wurde wegen Separatismus zu 4 Jahren verurteilt

Der Verantwortliche der illegalen Organisation Dev-Sol in der Türkei, Dursun Karatas, wurde vom Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wegen Separatismus und Beleidigung der Regierung zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.
Gegen Dursun Karatas, der im Dev-Sol-Verfahren unter Todesstrafe angeklagt ist, wurde ein Verfahren eröffnet, da er bei seinem Verhör Separatismus begangen und die Regierung beleidigt hatte.

Hürriyet vom 26.1.1983

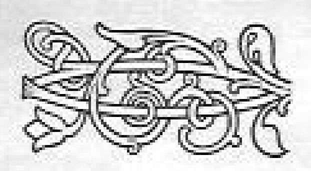
Druck, Publikation und Verteilung der Cumhuriyet und der Nationalen Zeitung wurden gestoppt

Druck, Verteilung und Publikation der Zeitungen Cumhuriyet und Nationale Zeitung wurden von der Kriegsrechtskommandantur Istanbul bis zu einem weiteren Befehl gestoppt.

e) VERHAFTUNGEN

Die politische Polizei in Istanbul verhaftete 10 Miliante der Organisation 'Devrimci Halkin Birligi', die ihre Organisation neu aufbauen wollten. Hürriyet vom 27.01.83

Der Ökonomist **Aslan Baser Kafaoglu**, *der seit einiger Zeit inhaftiert war, wurde gestern durch das Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wieder freigelassen, da es keine Veranlassung für eine Untersuchungshaft gab. Aslan Baser Kafaoglu war wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Vorstandes in der Zeitung 'Demokrat' und wegen Beziehungen zur Organisation Dev-Yol am 12.01.1983 in Polizeigewahrsam genommen worden. Das Gericht befand jetzt, daß bezüglich der vorgeworfenen Straftaten in der Akte keine konkreten Beweise vorliegen und entschied auf Freilassung.* Cumhuriyet vom 19.01.1983



IN EIGENER SACHE

Wir haben uns mit einem staatlich geprüften und allgemein beeidigten Dolmetscher in Verbindung gesetzt, der bereit ist, für uns beglaubigte Übersetzungen anzufertigen.
Deshalb können wir Ihnen folgendes Angebot machen, das nur für Abonnenten des Infodienstes und für Mitglieder des Förderkreises gilt: **Übersetzungen aus der türkischen Sprache oder in die türkische Sprache bieten wir an zu einem Zeilenpreis von 1,- DM + Porto.**

IMPRESSUM
TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P.: Michael Helweg, Postfach 180 180, 4800 Bielefeld 18
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM
Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende
Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford-Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der 'türkei infodienst' erscheint 14-tägig